

Beweisantrag

Zum Beweis der Tatsache, dass

Deutschland, als Land des Globalen Nordens, mit hauptverantwortlich für die menschengemachte Klimakrise ist und zur Klimaungerechtigkeit maßgeblich beiträgt,

beantrage ich,

1. Die Inaugenscheinnahme des Textes "Kolonialismus und Klimakrise: 500 Jahre Umweltrassismus" von Imeh Ituen und Rebecca Kennedy-Asante

online verfügbar unter: <https://taz.de/Kolonialismus-und-Klimakrise/!5638661/>

Bezüglich der Zusammenhänge von Klimakrise, Rassismus und Kolonialismus und der Verantwortung des Globalen Nordens daran.

2. Die Inaugenscheinnahme des Videos „15 Minuten für: Klimagerechtigkeit | mit Tadzio Müller“

online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=Cnede6NvgIM>

3. Die Inaugenscheinnahme des Sofortprogramms für Klimagerechtigkeit von Ende Gelände

online verfügbar unter: <https://www.ende-gelaende.org/sofortprogramm-klimagerechtigkeit/>

Bezüglich eines Lösungsansatzes in Richtung Klimagerechtigkeit, um die Ursachen der Klimakrise anzugehen und die Gesellschaft für alle lebenswerter, gerechter und ökologischer zu machen.

Erläuterung:

Der Begriff des Globalen Nordens steht für reiche Industriestaaten wie Deutschland, Australien und USA, die durch anhaltende Ausbeutung des Globalen Südens in einer privilegierten Position sind. Der Begriff des Globalen Südens hat den Begriff der "Entwicklungsländer" abgelöst und steht für Länder, die durch Kolonialisierung, Rechtsbrüchen und anhaltender Ausbeutung von Mensch und Natur weniger reich und privilegiert sind, wie z.B. Kolumbien und Peru.

Die Worte "Norden" und "Süden" dürfen daher nicht ausschließlich ausgehend von der geographische Position verwendet werden, da die ungleiche Machtverteilung innerhalb des globalen Systems ausschlaggebend ist. Beide Begriffe sollen neutraler, differenzierter und wertfreier sein und sollen die Einbettung in das globale System verdeutlichen. Der Begriff der „Entwicklungsländer“ ist schon längst veraltet und sollte nicht mehr verwendet werden, da er eine Rückständigkeit der dort lebenden Menschen impliziert, die sich an den Wirtschaftsstandard der Industriestaaten, welcher als Norm gesehen wird, anpassen und sich weiterentwickeln sollen.

In Ländern des Globalen Nordens wird durch Produktion, Verkehr, Transport und Landwirtschaft sehr viel CO₂ pro Person produziert. Der CO₂-Ausstoß in Europa liegt bei 10 Tonnen pro Kopf pro Jahr, in Indien liegt er hingegen bei einer Tonne. Um unter einer

Erderwärmung von 2°C zu bleiben, dürfte jeder Mensch auf der Welt 2 Tonnen CO₂ pro Jahr erzeugen.

Reiche Länder des Globalen Nordens erzeugen zwei Drittel aller Treibhausgasemissionen und profitieren auch mehr von diesen. Gleichzeitig sind die Konsequenzen der Klimakrise in den ärmeren Ländern des Globalen Südens 2-3 Mal deutlicher zu spüren. Sie zeigen sich in Form von Hitzewellen, Überschwemmungen und fehlenden landwirtschaftlichen Erträgen, wodurch die Bewohner*innen häufig zur Flucht gezwungen sind. Außerdem zerstört der Kohleabbau die Lebensgrundlage der lokalen, indigenen Bevölkerung in den Abbaugebieten.

Daraus resultiert KlimaUNgerechtigkeit, wobei es nicht allein um ein Klima- oder Umweltproblem geht, sondern gesellschaftliche Probleme und Strukturen miteinbezogen werden müssen.

Relevanz für den Prozess:

Es zeigt sich, dass Deutschland eine privilegierte Stellung im globalen System genießt und davon nicht ohne weiteres ablässt und dass der Globale Norden seine historische Schuld des Kolonialismus nicht anerkennt und daher keine Reparationen leistet.

Klimagerechtigkeit kann es aber nur geben, wenn der Globale Norden seine Schuld anerkennt, diese versucht wieder gut zu machen und für die Zukunft einen anderen Weg jenseits von Ausbeutung und Zerstörung von Ressourcen geht. Deshalb muss der Ausstieg aus fossilen Energien vollzogen werden, was bedeutet, dass das GKM vom Netz geht und Deutschland keine Steinkohle mehr importiert.

So lange dies nicht geschieht, ist es ein rechtfertigender Notstand als Bürger*in sich dieser Ungerechtigkeit entgegenzustellen und zu tun, was die Politik nicht schafft: Die Verbrennung von Steinkohle zu stoppen. Somit war bzw. ist die Unterbrechung des laufenden Betriebs durch die hier verhandelte Blockade gerechtfertigt.